

## POLITIK

## AUSLAND

## SYRIEN

## Drei Tote bei Gewalt gegen Demonstranten

Sicherheitskräfte sind am Freitag gewaltsam gegen regierungskritische Demonstranten vorgegangen und haben mindestens drei Menschen getötet. Die Sicherheitskräfte hätten in der Ortschaft Dael im Süden des Landes das Feuer auf Demonstranten eröffnet, die auf Hausdächer gestiegen seien. In Deir Essor im Nordosten des Landes lösten die Sicherheitskräfte gewaltsam Demonstrationen auf. Dort hatten sich rund 5000 Menschen nach dem Freitagsgebet zu Protesten versammelt, die Polizei habe Warnschüsse in die Luft abgegeben. Im Damaskus gingen die Sicherheitskräfte mit Schlagstöcken gegen Hunderte Protestierende vor. Seit dem Beginn der Proteste gegen Staatschef Baschar al-Assad wurden nach Angaben von Menschenrechtlern mehr als 1000 Menschen getötet und rund 10 000 weitere festgenommen.

## PAKISTAN

## Luftwaffe tötet 23 mutmaßliche Extremisten

Die pakistanische Luftwaffe hat eigenen Angaben zufolge die Verstecke von Aufständischen bombardiert und dabei 23 mutmaßliche Extremisten getötet. Die Angriffe hätten Ziele in den Stammesgebieten Orakzai und Kurram im Nordwesten des Landes getroffen. Die pakistanischen Streitkräfte hatten in der Vergangenheit immer wieder ähnliche Luftangriffe auf die beiden Stammesgebiete durchgeführt, nachdem sich Aufständische im Vorjahr aus dem benachbarten Südwastiristan dorthin zurückgezogen hatten.

## SPANIEN

## Polizei löst Protest-Lager in Barcelona gewaltsam auf

Die spanische Polizei hat am Freitag unter Einsatz von Schlagstöcken und Platzpatronen ein Protestlager in Barcelona vorübergehend aufgelöst. Nach Angaben spanischer Medien wurden dabei etwa 45 Menschen leicht verletzt. Ein Vertreter der Sicherheitsbehörden bestätigte, dass es bei dem Einsatz auf dem seit zwei Wochen von Demonstranten besetzten Plaça de Catalunya Verletzte gegeben habe. Die Proteste finden auch in anderen spanischen Städten statt. Auf die Straße gehen vor allem junge Menschen, die gegen die hohe Arbeitslosigkeit im Land protestieren.

## DAS PORTRÄT



## Ministerin ohne Netzwerk

**Carme Chacón** rang sichtlich um Contenance, als sie ihre Entscheidung im schonungslosen Blitzlichtgewitter bekannt gab. Sie werde nicht für die Nachfolge des scheidenden Premier José Luis Rodríguez Zapatero zur Verfügung stehen, gab die 40-Jährige jetzt völlig überraschend bekannt. Dabei hätte die Verteidigungsministerin für viele Spanier gute Voraussetzungen mitgebracht, um sich zur Spitzenkandidatin der Sozialisten bei den Parlamentswahlen im kommenden März künden zu lassen. Sie ist eine Frau, berufstätige Mutter und eine tüchtige Ministerin obendrein. Sie war Zapateros Wunschkandidatin und machte international Schlagzeilen, als sie beim Amtsantritt hochschwanger in weißer Umstandsbluse die Truppen Parade marschieren ließ. Die attraktive Katalanin verteidigte ihren Rückzieher damit, dass ein innerparteilicher Machtkampf dem ohnehin ramponierten Ansehen der Sozialisten nach dem jüngsten Wahldebakel weiter schaden und die Partei sogar spalten könnte. In der Tat hatte Chacón in den letzten Wochen den wachsenden Widerstand alteingesessener Sozialisten sowie der mächtigen Regionalbarone gegen ihre Karrierebestrebungen zu spüren bekommen. Diese hatten seinerzeit einer Geschlechterparität in der Regierungsmannschaft zugestimmt. Doch als es jetzt ans Eingemachte ging, hielten Spaniens Machos zusammen. Beim Posten des Parteichefs und Spitzenkandidaten hielten man einen Mann doch für geeigneter, so die subtile Botschaft. Mit ihrem Rückzug ebnete Chacón jetzt den Weg für den derzeitigen Innenminister Rubalcaba. *ute*

## Weltpolitik für Jungs

Die G 8 setzen Zeichen für Demokratie in Nahost und Stabilität im Westen. Nur die Kanzlerin redet nicht immer mit



Ein netter Plausch sieht anders aus: Italiens Premier Silvio Berlusconi lästert bei Obama über die Richter in seinem Land – der US-Präsident reagiert irritiert

■ Ein 40-Milliarden-Hilfspaket von G 8 und IWF für den arabischen Frühling wird erwartet

■ Bei einem Treffen zum Krieg in Libyen ist die deutsche Regierungschefin nicht dabei

SASCHA LEHNARTZ  
IN DEAUVILLE

Am Ende hielt Nicolas Sarkozy eine Lobrede auf das normannische Wetter: Das habe sich beim G 8-Gipfel in Deauville von seiner besten Seite gezeigt, mit moderaten Regenfällen, ordentlichen Windböen und einigen schönen Sonnenstunden. Besonders am Donnerstagabend, beim Diner der Staatschef im Strandrestaurant Ciro's, habe man einen farbenprächtigen Sonnenuntergang beobachten können. „Insbesondere Angela Merkel war sehr empfänglich und glücklich über dieses Farbenspiel“, teilte Nicolas Sarkozy der versammelten Weltpresse zum Abschluss des zweitägigen Gipfeltreffens in dem nordfranzösischen Seebad mit, „und wenn Angela Merkel bei einem G 8-Gipfel glücklich und empfänglich ist, dann ist das ein gutes Zeichen“, scherzte

Frankreichs Präsident zum Abschied. Dass Sarkozy sich solche gönnerhaften Sottisen erlaube, kann man als Zeichen dafür werten, dass er mit sich und der Welt zufrieden war. Aus französischer Sicht war der Gipfel ein Erfolg. Sarkozy hat die Gelegenheit genutzt, sich zwei Tage lang als Copilot der westlichen Welt zu inszenieren. Und zwar als Copilot, der nicht erst in letzter Minute ins Cockpit stürzt, um einen Absturz zu verhindern, sondern als einer, der glaubt, zu wissen, wohin die Reise geht. Am Freitagmorgen war Sarkozy mit Amerikas Präsident Barack Obama und dessen russischen Kollegen Dmitri Medwedjew zu einem Dreiergespräch zusammengelassen. In seinem kurzen Statement nach dem Treffen benutzte Obama mehrfach das Wort „Führungskraft“, und es schien nicht ausgeschlossen, dass dies ein Lob auf die Entscheidung des französischen Präsidenten in der Libyen-Frage sein sollte. Sarkozy gefiel der Klang der Worte jedenfalls sichtlich.

Der Waffengang in Nordafrika und die angespannte Lage in Syrien waren zwei der Hauptthemen des Gipfels. In der Abschlusserklärung wiederholten die G 8-Staaten ihre Forderung nach einem „unmittelbaren Ende der Gewalt gegen Zivilisten durch das libysche Regime.“ Wenn Gaddafi nicht gehe, werde es eine „Intensivierung“ der Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung im Rahmen der

Uno-Resolution 1973 geben, kündigte Sarkozy an. Ausdrücklich dankte er dabei noch einmal Moskau für die Unterstützung im Sicherheitsrat. Die „Gesamtheit der Partner“ stehe hinter den scharfen Worten der Verurteilung gegen Gaddafi, „Russland inbegriffen“. In der Nacht zum Freitag sei der Text der G 8-Deklaration noch einmal verschärft worden. Von Diplomaten war zu hören, die Russen seien möglicherweise bereit, sich künftig mit Kritik an Militärführern zurückzuhalten, die ihrer Meinung nach über das UN-Mandat „Schutz der Zivilbevölkerung“ hinausgehen.

Am Rande des Gipfels hatte man sich am Donnerstagabend für eine Art informeller Sondersitzung zum Krieg in Libyen getroffen – ohne Bundeskanzlerin Angela Merkel. Nach dem Abendessen im Ciro's führten die Regierungschefs von am Militäreinsatz beteiligten Staaten – Frankreich, England, USA – noch ein Gespräch mit Medwedjew, bei dem es nach Informationen des französischen Senders France 2 um die bislang wenig zufriedene stellende militärische Lage in Libyen ging – und um Konsequenzen daraus. In der Pressekonferenz des britischen Premierministers David Cameron konnte man am Freitag den Eindruck gewinnen, dass dieses Treffen das wichtigste des Gipfels war.

Die Entscheidung der Bundesregierung, sich im UN-Sicherheitsrat der

Stimme zu enthalten und an dem Militäreinsatz gegen Muammar al-Gaddafi nicht teilzunehmen, hat also anscheinend zur Folge, dass die Bundesrepublik nicht mehr in alle Debatten zur Libyen-Frage einbezogen wird. Die Bundeskanzlerin ist dennoch der Meinung, dass sich Berlin nicht ins Abseits manövriert habe. Alle „politischen Fragen“ zu Libyen seien zuvor in großer Runde besprochen worden. Zudem habe sie in bilateralen Gesprächen sowohl mit Cameron als auch mit Obama ausführlich über die Lage in dem nordafrikanischen Land gesprochen. Über die politische Lösung sei man sich vollkommen einig, sie laute „Gaddafi muss weg“, sagte die Bundeskanzlerin zum Abschluss des Gipfels vor der Presse.

Teilnehmer verschiedener Delegationen äußerten derweil skeptische Einschätzungen zur Entwicklung in Libyen. In gewisser Weise hätten sich die warnenden Einschätzungen mancher Militärs vor dem Waffengang bestätigt. Mit einem schnellen Abgang Gaddafis und einem raschen Ende des Konfliktes sei nicht unbedingt zu rechnen. Aus der in puncto Libyen traditionell gut informierten italienischen Delegation sickerte die

Vermutung durch, die Militärschläge hätten bislang wenig Wirkung gezeigt. Auch Meldungen über Verwandte Gaddafis, die durch Luftschläge getötet worden seien sollen, hätten bislang nicht bestätigt werden können. Zu Verstimmungen soll es im Laufe des Einsatzes bei Franzosen und Briten über den verhaltenen Einsatzwillen der Amerikaner gekommen sein, berichtete ein Kenner der Materie.

Den Folgen des „arabischen Frühlings“, der im Diplomaten-Sprech „Mena-Spring“ heißt, wobei Mena für „Middle East North African“ steht, widmeten sich die Gipfelteilnehmer vor allem am Freitag. Als Gäste waren der tunesische Premierminister und der ägyptische Übergangspräsident eingeladen. Am Ende konnten sie mit Zusicherungen beträchtlicher Hilfsleistungen nach Hause gehen. Insgesamt will man den jungen Demokratien mit einer Summe von 40 Milliarden US-Dollar helfen. Davon, so erläuterte Sarkozy, entfallen 20 Milliarden auf multilaterale Banken wie die Weltbank, 10 Milliarden sollen aus bilateralen Vereinbarungen kommen. Frankreich werde sich dabei mit einer Milliarde beteiligen, sicherte der französische Präsident zu. Weitere zehn Milliarden Dollar hätten die Golf-Staaten Saudi Arabien, Kuwait und die Emirate zugesagt. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich ihrerseits mit 1,3 Milliarden Dollar beteiligen, sagte Bundeskanzlerin Merkel. „Jetzt geht es darum, die Hilfe schnell zu den Menschen zu bringen“, so die Kanzlerin.

Merkel zeigte sich besonders erfreut darüber, dass es „zum ersten Mal in der Geschichte der G 8 zu einer gemeinsamen Erklärung mit Afrika“ gekommen sei. Darauf, dass mit dem relativ neuen Präsidenten aus der Elfenbeinküste, dem Niger und Guinea drei demokratische gewählte Regierungschefs aus Afrika als Gäste an dem Gipfel teilnahmen, war auch der Gastgeber stolz. Das sei „bewegend“ und ein „gutes Signal“ für den Kampf gegen Korruption und für die Demokratie in Afrika. Die 18-seitige Abschlusserklärung des Gipfels, in der die Teilnehmer ihre „erneuerte Verpflichtung für Freiheit und Demokratie“ bekunden, ist der traditionellen geopolitische Parforce-Ritt, in dem neben der arabischen Welt vor allem die Lage in Japan und die Reaktorsicherheit behandelt werden. Die G 8-Staaten erkennen die Notwendigkeit einer „Reevaluierung der Sicherheit“ von Kernkraftwerken an und begrüßen die Durchführung entsprechender Prüfungen.

Das es ein einzelnes Land gibt, das in der Folge von Fukushima die Entscheidung getroffen hat, ganz aus der Atomkraft auszustiegen, wird in der Erklärung mit den Worten gewürdigt, man nehme zur Kenntnis, dass es unterschiedliche Entscheidungen zur Frage der Gestaltung des Energie-Mixes gebe, inklusive der Entscheidung „des Einstiegs oder des Ausstiegs“. Anonyme Grüße an Deutschland, sozusagen.

## ONLINE

Silvio Berlusconi blamiert sich auf dem G 8-Gipfel, weil er Obama wilde Geschichten von zu Hause erzählt. Das Video und die Hintergründe gibt es unter:

welt.de/berlusconi

## Ägypter verlieren die Geduld

Vier Monate nach dem Beginn der Jasmin-Revolution in Kairo protestieren wieder Tausende auf dem Tahrir-Platz

■ Die Menschen wollen einen Prozess gegen Mubarak und faire Behandlung durch die Armee

AMIRA EL-AHL  
KAIRO

Es sind 39 Grad im Schatten, doch trotz der schwülen, drückenden Hitze an diesem Freitag laufen schon zur Mittagszeit tausende Ägypter über den Tahrir-Platz im Zentrum Kairo. Dort, wo am 25. Januar die Revolution in Ägypten begann. Die zahlreichen Straßenverkäufer verkaufen kaltes Wasser, frischen Mangosaft und Tee und fast könnte man meinen, dass die Menschen gekommen sind um zu feiern.

Dabei hatten die ägyptischen Aktivisten zu einem „Zweiten Tags des Zorns“ aufgerufen, in Anlehnung an den 28. Januar, dem ersten Tag des Zorns dieser Revolution. Schon im Vorfeld hatten die Aktivisten im Internet die Parole ausgegeben: „Ich habe bis jetzt keinen Wandel gespürt – ich gehe zum Tahrir-Platz.“

Seit Wochen steigt die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, und immer wie-

der war zu hören, dass sich seit dem Sturz Mubaraks und der Übernahme der Geschäfte durch die Armee nichts wirklich geändert habe im Land. Viele Ägypter fühlen sich vom Militär hintergangen. „Es war kein Militärcoup, der das Regime zum Sturz gebracht hat, es war eine Revolution des Volks“, sagt Karim Harouni. Der 32-Jährige war während des Aufstands täglich am Tahrir-Platz und ist an diesem Freitag gekommen, um gegen den regierenden Militärrat zu demonstrieren. „Wir brauchen ein ziviles Komitee, das den Weg bis zu den kommenden Wahlen ebnet. Das Militär sollte nichts damit zu tun haben.“

Zu den Protesten auferufen hatten fast alle führenden Aktivistengruppen, unter ihnen die Bewegung 6. April, die Koalition der Jugend der Revolution, die El-Baradei Kampagne, die Ägyptische Bewegung für den Wandel sowie die Jugend der Muslimbruderschaft, die sich damit entschieden gegen die Führungsgarde der Muslimbrüder stellte, die allen Mitgliedern in einem offiziellen Kommuniqué verboten hatte, an den Demonstrationen teilzunehmen. Obwohl die Gruppen nicht in allen Punkten

übereinstimmen gibt es Forderungen, die sie einen. Dazu gehört die Ablösung des Militärrats durch ein ziviles Komitee, das bis zu den kommenden Wahlen das Land führen soll, die Erarbeitung einer neuen Verfassung vor den Parlamentswahlen sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Die Zeit als die Demonstranten noch die Parole riefen „Das Volk und das Militär sind eine Hand“ sind vorbei. Am 23. Mai beteiligten sich mehr als 370 Blogger an einer Internetaktion die dazu aufrief „über die Leistung des Hohen Rats der Streitkräfte als derzeitiger Machthaber zu schreiben mit dem Ziel, konstruktive Kritik anzubieten“. Dabei ist es seit einigen Wochen verboten, ohne vorheriges Einverständnis der Armee über diese zu berichten. Die Blogger setzen sich über dieses Verbot hinweg.

Einer der Hauptkritikpunkte an der Militärführung ist die Art und Weise, wie das Militär mit Zivilisten verfährt. In den Monaten seit dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Husni Mubarak sollen 5600 Zivilisten vom Militär belangt worden sein. Warum, so fragen viele, werden Zivilisten vor Militärgerichten verurteilt

während die alte Garde des Regimes in langwierigen, zivilen Strafverfahren vor Gericht steht? Erst vor zwei Tagen wieder wurden vier Aktivisten von der Militärpolizei verhaftet weil sie Flugblätter verteilt hatten, auf denen sie zum zweiten Tag des Zorns aufgerufen hatten. „Aktivisten festzunehmen, weil sie Flugblätter verteilen ist genau das, was auch unter Mubarak passierte“ ließ die Bewegung 6. April verlauten. Auch eines ihrer Mitglieder war unter den Verhafteten.

Das Militär hatte mit verschiedenen Taktiken versucht, die Proteste am Freitag zu verhindern. So gab es bekannt, dass Mubarak und seine beiden Söhne vor Gericht gestellt werden. Außerdem gab der Hohe Rat der Streitkräfte in seinem 58. Kommuniqué bekannt, dass das Militär niemanden daran hindern würde, zu demonstrieren. „Die Kinder dieser Nation haben das Recht, friedlich zu demonstrieren“, hieß es. Gleichzeitig warnte das Militär jedoch vor „verdächtigen Elementen“, die Spannungen zwischen der Bevölkerung und der Armee herbeiführen wollten. Deshalb werde sich die Armee von den Demonstrationen fernhalten. Viele Aktivisten verstan-

den diese Aussage als Drohung. Sollten die Demonstranten von Gegnern angegriffen werden, würde die Armee nicht eingreifen.

All das hat die Menschen nicht davon abgehalten, erneut auf den Tahrir-Platz zu kommen. Und da war wieder diese spezielle Stimmung, die während der Revolution 18 Tage lang zu spüren und danach fast völlig verschwunden war. Menschen aus allen Schichten, jung und alt, Frauen und Männer, Kopten und Muslime waren gekommen, um ihren Unmut über die derzeitige Situation zu äußern. „Heute ist ein entscheidender Tag“, sagt die Künstlerin Lara Baladi. „Existiert sie wirklich, die Macht des Volkes, oder hat sie ihre Grenzen und ist bloß eine romantische Idee?“

Der Tag des Zorns ist zumindest eine Warnung an den Hohen Rat der Streitkräfte und seinen Vorsitzenden, Verteidigungsminister Mohammed Hussein Tantawi. Und die große Zahl der Demonstranten ist auch ein Sieg für die liberalen Kräfte im Land die bewiesen haben, dass sie auch ohne die Teilnahme der Muslimbrüder die Menschen im Land mobilisieren können.